

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 18.11.2014, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 .** Bestellung eines Schriftführers und eines Vertreters  
Vorlage: 185/2014
- 2 .** Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Innen im Ausschuss  
Vorlage: 186/2014
- 3 .** Bericht aus dem Workshop "Handwerkszeug für Zukunftsgestalter"  
Vorlage: 822/2014
- 4 .** Teilnahme am Bundesprogramm "Demokratie leben!"  
Vorlage: 190/2014
- 5 .** Bericht über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
Vorlage: 821/2014
- 6 .** Schüleranmeldeverfahren der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 188/2014
- 7 .** Klassenbildung der städtischen Grundschulen im Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 184/2014
- 8 .** Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Würm ab dem Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 187/2014
- 9 .** Antrag des Stadtsportverbandes Geilenkirchen auf einen Zuschuss für Schwimmvereine  
Vorlage: 165/2014
- 10 .** Verschiedenes

**Anwesend waren:**

Vorsitzende/r

1. Herr Marko Banzet

Mitglieder

2. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
3. Frau Jennifer Diederichs
4. Herr Christoph Grundmann
5. Frau Theresia Hensen
6. Herr Michael Kappes
7. Herr Wilfried Kleinen
8. Herr Hans-Josef Paulus
9. Herr Lars Speuser
10. Herr Max Weiler

Stellvertretendes Mitglied

11. Herr Helmut Gerads Vertretung für Frau Karola Brandt

Sachkundige/r Bürger/in

12. Frau Cornelia Banzet Vertretung für Herrn Thomas Klein  
ab TOP 3
13. Herr Ingo Helf Vertretung für Herrn Stefan Mesaros
14. Herr Uwe Jöris
15. Herr Dieter Körner Vertretung für Frau Karin Rodenbücher
16. Herr Frank Paulus
17. Herr Werner Thamer
18. Frau Ruth Thelen
19. Frau Gabriele Thielemann

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

20. Herr Horst Tacken bis TOP 9

von der Verwaltung

21. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
22. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler
23. Frau Irmtrud Penners
24. Herr Wilfried Schulz

Als Zuhörer

25. Herr Hans-Jürgen Benden als Zuhörer bis TOP 7
26. Herr Uwe Eggert als Zuhörer
27. Herr Gero Ronneberger als Zuhörer

Ausschussvorsitzender Banzet begrüßte die Anwesenden, insbesondere die zahlreichen Zuhörer und die Vertreter der Presse. Sodann stellte er die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur wurden keine Einwände erhoben.

## **I. Öffentlicher Teil**

### **TOP 1 Bestellung eines Schriftführers und eines Vertreters Vorlage: 185/2014**

#### **Beschluss:**

Es wurde beschlossen, Frau Irmtrud Penners als Schriftführerin und Herr Detlef Kerseboom als Stellvertreter zu bestellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

### **TOP 2 Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Innen im Ausschuss Vorlage: 186/2014**

Die bislang noch nicht verpflichteten sachkundigen Bürger/Innen wurden durch den Ausschussvorsitzenden in feierlicher Form verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

### **TOP 3 Bericht aus dem Workshop "Handwerkszeug für Zukunftsgestalter" Vorlage: 822/2014**

Die Teilnehmerinnen des Workshops „Handwerkszeug für Zukunftsgestalter“ stellten das Ergebnis hieraus eingehend vor (siehe **Anlage**).

Herr Grundmann begrüßte das Engagement der Jugendlichen. In seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender von „GK-Kulturgut!“ lud er sie ein, sich auch in diesem Gremium zu beteiligen und fragte sie, ob die beiden KOT's für Jugendliche noch attraktiv wären. Aus der Mitte des Workshops wurde geantwortet, dass beide KOT's konfessionsgebunden und daher nicht für alle Jugendlichen in Geilenkirchen attraktiv wären.

Auf die entsprechende Nachfrage Herrn Körners antworteten die Jugendlichen, sie könnten sich eine Kooperation mit dem Bürgertreff durchaus vorstellen.

Herr Speuser legte den Jugendlichen nahe, auf die in der Stadt vorhandenen Jugendtreffs (KOT's), die auch gute Arbeit leisteten, zuzugehen und sich deren Angebot anzusehen. Hier gebe es sicherlich gemeinsame Interessen. Die Jugendlichen antworteten, diesbezüglich warteten sie noch auf einen Terminvorschlag vom „Zille“. Kommen Montag und Dienstag nähmen sie jeweils eine Einladung bei der Bürgerliste und beim Stadtjugendring wahr, um die gleiche Präsentation zu bieten.

Diese wurde auch durch Herrn Gerads gelobt. Er bot den Mitgliedern des Workshops an, einen Vertreter in die Fraktionssitzungen der Bürgerliste zu entsenden. Hier könnten sie ein Gefühl dafür entwickeln, wie schwer gute Ideen umzusetzen seien.

Frau Thelen schloss sich dem Lob an und äußerte Verständnis dafür, dass die Jugendlichen sich einen Treffpunkt außerhalb der konfessionsgebundenen KOT's wünschten. Sie sehe es durchaus als eine Aufgabe der Kommunalpolitik an, gute Ideen umzusetzen.

Herr Ronneberger (als Zuhörer) regte an, in der Stadtbücherei neue Medien, die Jugendliche eher nutzen würden, aufzunehmen und dort in einer Ecke eine Art Jugendcafé einzurichten. Dort könne auch ein schwarzes Brett für die Jobbörse angebracht werden.

Herr Grundmann verwahrte sich gegen die von seinem Vorredner vorgebrachte Kritik gegen die Stadtbücherei. Frau Zaharanski und ihr Team würden gute Arbeit auch für Jugendliche leisten, wie beispielsweise die Star-Wars-Veranstaltung gezeigt hätte. Die Stadtbücherei beinhalte auch wunderschöne, einladende Ecken.

#### **TOP 4    Teilnahme am Bundesprogramm "Demokratie leben!" Vorlage: 190/2014**

I. Beigeordneter Brunen trug vor, die Förderbedingungen für das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seien jetzt bekannt geworden. Von den jährlich bereitgestellten Fördermitteln von 55.000,00 € stünden maximal 25.000,00 € für die reine Projektarbeit zur Verfügung. Die übrigen Mittel seien für rein administrative Aufgaben, sowie für eine externe Koordinierungs- und Fachstelle sowie für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen. Darüber hinaus würde innerhalb der hiesigen Verwaltung nach wie vor ein Stellenanteil von mindestens 0,5 für die Begleitung des Programms blockiert. Dies bedeute eine wesentlich ungünstigere Förderkulisse als beim bisherigen Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Trotz der positiven Erfahrungen mit dem bisherigen Programm sei die Verwaltung der Auffassung, dass Aufwand und Nutzen nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis stünden, zumal die Projektträger auch noch mit einem Eigenanteil eintreten müssten. Die Verwaltung schlage daher vor, die Interessenbekundung zur Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nicht weiter zu verfolgen.

Frau Thelen verwies auf den anders lautenden Beschlussvorschlag in der Sitzungseinladung. Angesichts der hoch motivierten Mitglieder im Begleitausschuss und der Maßnahmen, die bereits angelaufen seien – hierzu gehöre auch der unter TOP 3 vorgestellte Workshop -, wäre es schade, jetzt abbrechen zu müssen. Ihre Frage, ob die Kosten für die halbe Stelle im Jugendamt noch zu den übrigen Kosten hinzukämen, bejahte I. Beigeordneter Brunen.

Herr Speuser befand es ebenfalls als schade, dass das Programm nicht weiter geführt werden könne, aber die Kosten, die hierdurch entstehen würden, stünden in keiner Relation zum zu erwartenden Ergebnis. Die Arbeit im Jugendamt müsse weitergeführt werden. Auf Dauer könne nicht eine 0,5-Stelle für andere unspezifische Aufgaben gebunden werden. Frau Thelen antwortete hierauf, die Teilnahme am Bundesprogramm könne auch ein Gewinn für das Jugendamt sein. Erst letztes Wochenende habe sich gezeigt, dass es durchaus einen Bedarf für so ein Programm gebe.

Herr Brunen wies darauf hin, dass mit Hilfe des Programms „Demokratie leben!“ nicht die gesamte Projektfinanzierung möglich sei. Herr Schulz ergänzte, die Erfüllung der eigentlichen Aufgaben des Jugendamtsmitarbeiters, der das Vorgängerprogramm betreut hatte, kamen in dieser Zeit zu kurz, sodass andere Möglichkeiten für eine gezielte Jugendarbeit nicht genutzt werden konnten.

Bürgermeister Fiedler führte aus, man sei jetzt – wie bei fast jeder Projektförderung – an einem kritischen Punkt gelangt. Die Förderung laufe aus und es stelle sich die Frage, wie geht es jetzt weiter? Angesichts des jetzt weit zugekehrten Geldhahns des Bundes, müsse man entscheiden, ob man das Projekt einstelle bzw. das Folgeprojekt nicht beginne oder auf eigene Kosten weitermache. Ohne ausreichende Mittelbereitstellung könne kein Projekt existieren. Das sei jedoch kein Grund pessimistisch zu sein. Die angeschobenen Initiativen böten durchaus Chancen.

Herr Kleinen gab zu bedenken, von den 55.000,00 € Förderung pro Jahr müssten mehr als 50 % für administrative Aufgaben verwendet werden. Es müsse jedoch die Folgefinanzierung für die Projektbetreiber sichergestellt werden. Laut Ausschreibung sollten sie in den nächsten 2 – 3 Jahren 20 % der Kosten tragen. Danach würden diese auf 40 % steigen. So begrüßenswert ein Projekt wie „Demokratie leben!“ auch sei, es dürften die finanziellen Risiken, die ein solches Projekt mit sich bringe, nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Grundmann ergänzte hierzu, man stehe auch den Projektbetreibern gegenüber in der Verantwortung. Ohne Sicherstellung der Finanzen bestehe die Gefahr, dass sie sich verschuldeten und begonnene Projekte, auch wenn sie gut wären, nicht weitergeführt werden könnten.

Frau Bintakys-Heinrichs bemängelte, dass die Projektträger keine Möglichkeit erhielten zu äußern, ob sie ihre Projekte selbst stemmen könnten und wollten.

Frau Thelen befand die Ergebnisse des Vorgängerprojekts als so gut, dass die Differenz von 25.000,00 € zwischen den beiden Projekten getragen werden sollte. Sie

schlug vor, die Entscheidung über die Weiterverfolgung der Interessenbekundung in den Rat zu vertagen, da eine neue Kenntnislage vorliege.

I. Beigeordneter Brunen widersprach, die Konditionen seien bei weitem nicht wie bisher, sondern hätten sich extrem verschlechtert. Die Projekte würden mit maximal 25.000,00 € pro Jahr gefördert. Der Jugendamtsmitarbeiter hätte nicht nur ein Projekt betreut, sondern 80, mit allen administrativen Aufgaben, die dazu gehörten, wie Anträge stellen usw. Die Förderbedingungen seien erst in den letzten Tagen Stück für Stück bekannt geworden. Es handele sich nun um ein komplett neues Programm. Auf die Ausschreibung hätten sich nicht so viele Kommunen beworben wie beim Vorgängerprogramm, was wiederum ein Hinweis darauf sei, dass das Folgeprogramm nicht so interessant wie das vorangegangene sei. Für Geilenkirchen wäre es sinnvoller, den Jugendamtsmitarbeiter so einzubinden, dass die wirklich interessanten Projekte weiter verfolgt und unterstützt würden.

Herr Paulus übte heftige Kritik an der Praxis des Bundesfamilienministeriums, erst durch relativ hohe Förderungen Projekte anzuschieben und dann die Förderung zu senken und die Kommunen, die ohnedies überlastet seien, auf den Projektkosten sitzen zu lassen.

Frau Gerhards (als Zuhörerin) regte an, den Begleitausschuss mit seinen engagierten Mitgliedern bestehen und in eine Steuerungsgruppe münden zu lassen.

Herr Speuser widersprach, der Begleitausschuss könne nicht wie bisher beibehalten bleiben. In der 0,5-Stelle beim Jugendamt sollten die Aufgaben erledigt werden, die ihr durch den Jugendhilfeausschuss zugewiesen wurden.

- a) Mit 6 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen lehnte der Ausschuss die Vertagung des Tagesordnungspunkte zur Entscheidung in die nächste Ratssitzung ab.
- b) Mit 13 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und 3 Nein-Stimmen beschloss der Ausschuss die Interessenbekundung am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nicht weiter zu verfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	13
Nein:	3
Enthaltung:	3

**TOP 5 Bericht über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
Vorlage: 821/2014**

Herr Schulz berichtete ausführlich über den Aufgabenbereich, der sich für die Verwaltung aus dem Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes ergibt. Hinsichtlich der Einzelheiten sei auf die beigefügte **Anlage** verwiesen.

Herr Grundmann fragte an, ob im innerstädtischen Bereich die Asylbewerber eine ähnliche Unterstützung durch Ehrenamtliche erfahren, wie in den Außenorten. Herr Schulz bejahte das. Der Runde Tisch für Flüchtlinge betreue die Asylbewerber sehr intensiv mit, helfe ihnen Sprachkurse zu finden oder begleite sie zum Ausländeramt beim Kreis

Frau Thelen erkundigte sich nach der Altersstruktur in den Flüchtlingsfamilien. Hierzu lagen Herrn Schulz keine detaillierten Zahlen vor. Der Stadt seien jedoch über einen langen Zeitraum kaum Familien mehr zugewiesen worden.

Frau Thelen wies darauf hin, dass die Flüchtlinge nicht mobil seien und daher Fahrräder suchten. Hierzu teilte I. Beigeordneter Brunen mit, dass bereits Fahrräder aus dem Fundus des Ordnungsamtes, die von den Besitzern nicht in einer angemessenen Frist abgeholt wurden, den Asylbewerbern zur Verfügung gestellt wurden.

Auf die entsprechende Frage von Frau Hensen antwortete der I. Beigeordnete, dass die Förderklasse, die dazu dienen solle, Flüchtlingskinder für den normalen Schulbetrieb vorzubereiten, voraussichtlich zum nächsten Schuljahresbeginn in der GGS im Stadtkern eingerichtet werden könne. Zurzeit wäre eine schulische Förderung der Flüchtlingskinder in Gangelt möglich.

Herr Schulz bemerkte, es sei absehbar, dass angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen ein Ausbau an Kindergartenplätzen im Innenstadtbereich notwendig würde.

**TOP 6    Schüleranmeldeverfahren der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2015/2016**  
**Vorlage: 188/2014**

I. Beigeordneter Brunen erläuterte anhand der vor Sitzungsbeginn allen Ausschussmitgliedern ausgehändigten Übersicht ausführlich die Schüleranzahlzahlen für die Eingangsklassen der städtischen Schulen zum Schuljahr 2015/2016 und zeigte die sich hieraus ergebenden Schlussfolgerungen auf.

Der Ausschuss nahm die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Schulen zum Schuljahr 2015/2016 zur Kenntnis.

**TOP 7 Klassenbildung der städtischen Grundschulen im Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 184/2014**

I. Beigeordneter Brunen zeigte anhand der Sitzungsvorlage auf, dass maximal 12 Eingangsklassen gebildet werden dürfen.

Da der Stichtag aber der 15. Januar 2015 sei, schlage er vor, bis dahin zu warten, ob sich noch weitere Anmeldungen ergeben würden und erst dann die Klassenbildung endgültig und wie erforderlich zu beschließen. Bis dahin werde die Verwaltung in engem Kontakt mit den Schulen und den Ausschussmitgliedern bleiben.

Die Entscheidung über die Klassenbildung an den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2015/2016 erfolgt endgültig zum 15.01.2015.

**TOP 8 Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Würm ab dem Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 187/2014**

Auf die entsprechende Anfrage aus der Mitte des Ausschusses bestätigte I. Beigeordneter Brunen, dass die KGS Würm über ausreichende Räumlichkeiten verfüge.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, um zum Schuljahresbeginn 2015/16 an der KGS Würm eine Offene Ganztagschule einzurichten.

**TOP 9 Antrag des Stadtspportverbandes Geilenkirchen auf einen Zuschuss für Schwimmvereine  
Vorlage: 165/2014**

Herr Tacken begründete den Antrag des Stadtsportverbandes wie folgt: Beim Brand des Hallenbades seien sowohl die Gerätschaften der Schwimmvereine als auch der anderen in der benachbarten Sporthalle beheimateten Vereine vernichtet worden. Es gehe im Antrag jedoch nicht um deren Wiederbeschaffung. Der Verlust des heimischen Hallenbades erzeuge für beide Vereine zusätzliche Kosten, die letztendlich die Mitglieder tragen müssten, sei es durch Eintrittskosten und/oder durch Fahrkosten zu anderen Bädern. So verzeichne die DLRG einen Mitgliederrückgang von bislang 356 auf knapp 200. Von den ausgetretenen Mitgliedern seien 100 Kinder und/oder Jugendliche. Beim ATV sei die Situation ähnlich: von 150 Kindern seien etwa 70 übrig geblieben. Angesichts dieser Zahlen müsse auch bedacht werden, dass derzeit ein schulischer Schwimmunterricht in Geilenkirchen nicht möglich sei.

Nach dem Brand gebe es für die Schwimmvereine keine Möglichkeit mehr in Geilenkirchen ihrem Sport nachzugehen. Sie wichen auf das Ü-Bad in Übach-Palenberg oder das dort beheimatete Bad des WSV und auf das Bad in Linnich aus. Im Ü-Bad übe regelmäßig eine Seepferchen-Gruppe des ATV. In Linnich fielen für die DLRG für wöchentlich 2 Stunden Training auf 5 Bahnen Kosten von ca. 3.000,00 € pro Jahr an. Der ATV zahle für die Nutzung des Bades in Übach-Palenberg ca. 2.240,00 € pro Jahr. Die Kosten müssten auf die Mitglieder umgelegt werden.

Herr Tacken warb um Verständnis für die Situation der Schwimmvereine und den Antrag des Stadtsportverbandes. Bei der Beschlussfindung möge der Ausschuss auch berücksichtigen, dass zurzeit und bis auf weiteres die Buskosten für den Transport der Schüler zum Hallenbad und die Energiekosten für den Betrieb des Hallenbades entfielen, somit ein Einsparpotential bzw. Mittel für eine Gegenfinanzierung gegeben seien. Man wolle hier keinen Präzedenzfall schaffen. Es ginge ausschließlich um eine einmalige Bezuschussung beider Schwimmvereine.

Herr Grundmann teilte mit, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folgen. Die Schüler/Innen der städtischen Schulen hätten keine Möglichkeit mehr Schwimmunterricht wahrzunehmen. Beide Schwimmvereine bewirkten viel für das Gemeinwohl. Ohne die DLRG zum Beispiel könne kein Badewannenrennen auf der Wurm veranstaltet werden. Auch übernehme sie den Sanitätsdienst beim Musiksommer. Es ginge auch nur um einen Einmalbetrag, der angesichts der verbesserten Haushaltsslage aufgebracht werden könne.

Herr Weiler bedauerte, dass die Informationen die Herr Tacken vortrug, nicht bereits im Antrag aufgeführt wurden. Bei der Entscheidungsfindung der Fraktionen wäre das sehr hilfreich gewesen.

Herr Kappes wies darauf hin, dass die zusätzlichen Einnahmen von 8 Mio. € praktisch für ein neues Bad bereits verausgabt wurden. Hiervon könne nichts abgezweigt werden. Die freiwilligen Leistungen wurden bereits festgelegt. Rat und Verwaltung müssten sich weiterhin so verhalten, als befinde man sich im Haushaltssicherungskonzept.

Herr Tacken verwies darauf, der Ausschuss müsse nicht heute über den Antrag entscheiden, sondern eigentlich der HFA.

Bezugnehmend auf das Investitionsprogramm der Stadt führte Frau Bintakys-Heinrichs aus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde nicht dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Gerads befand den Antrag des Stadtsportverbands als zu dürftig und schlug vor, die Entscheidung hierüber in die nächste Sitzung des Rates zu vertagen.

Herr Kleinen unterstützte diesen Vorschlag.

Herr Speuser gab zu bedenken, dass bei einer Förderung der Schwimmvereine andere Vereine, die auch gemeinnützig wären, wie beispielsweise die Malteser, zurücktreten müssten.

Bürgermeister Fiedler erinnerte daran, dass jeder Vorschlag zur Förderung von Vereinen, der Mehrausgaben nach sich ziehe, mit einem Deckungsvorschlag versehen sein müsse.

Herr Paulus räumte ein, dass durch den unterbliebenen Transport der Schulkinder zum Hallenbad, Einsparungen möglich seien und insbesondere die Schwimmvereine durch den Brand des Hallenbades stark betroffen wären. Allerdings habe niemand diese Situation gewollt.

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Bürgermeisters warnte Herr Kappes, dass die Mittel für freiwillige Zuwendungen bereits verplant seien. Den Schwimmvereinen eine Förderung zu gewähren bedeute gleichzeitig, sie anderen wegzunehmen.

Herr Grundmann warf ein, dass mit dem Verlust des Hallenbades den Schwimmvereinen die Existenzgrundlage genommen wurde. Diese befänden sich daher in einer weitaus schwierigeren Lage als andere städtische Vereine.

Herr Tacke erinnerte nochmals an seine vorherigen Ausführungen. Es gehe nicht um den Ersatz von Sachwerten oder Fahrkosten. Die Schwimmvereine seien auch nicht vergleichbar mit anderen Vereinen. Letztendlich aber stehe die Stadt in ihrer Funktion als Schulträgerin in der Pflicht Schwimmunterricht anbieten zu müssen. Eine Finanzierung müsse über die Einsparungen, die über den unterbliebenen Schülertransport und zurzeit nicht erforderlichen Energiekosten durchaus möglich sein. Das beratende Mitglied brachte seine Vermutung zum Ausdruck, dass die eingesparten Mittel im Gesamthaushalt verplant wurden.

Frau Thelen befürchtete Klagen von Eltern, wenn kein Schwimmunterricht für Schüler angeboten und auch nicht anderweitig aufgefangen werden könnte.

Herr Gerads warnte vor einer Vermischung der Sachverhalte Schwimmunterricht und Vereinstätigkeit. Auf seine entsprechende Nachfrage antwortete Herr Tacke, dass in der Seepferdchen-Gruppe ca. 30 Kinder Aufnahme gefunden hätten.

Vorsitzender Banzet stellte fest, dass im Ausschuss Einigkeit darüber herrsche, dass die Schwimmvereine nicht die Pflichtaufgaben der Verwaltung übernehmen könnten.

Herr Körner erinnerte daran, dass die Verwaltung nur vorübergehend keinen Schwimmunterricht anbieten könne. Eventuell könne nach der Fertigstellung des Hallenbades ein erweiterter Schwimmunterricht gegeben werden.

Auf entsprechende Nachfrage aus der Ausschussmitte bestätigte I. Beigeordneter Brunen, dass nicht festgelegt sei, wann innerhalb seiner 10-jährigen Schulzeit einem Schulkind Schwimmunterricht zu geben sei. Er bedauerte ebenfalls, dass der Antrag seitens des Stadtspportverbandes nicht detailliert formuliert wurde. Jeder Vorschlag zur Ausgabe müsse aber auch einen zur Gegenfinanzierung beinhalten.

Der Antrag des Stadtspportverbandes vom 26.06.2014 zur Bezuschussung der DLRG und des ATV mit jeweils 2.000,00 € wurde zur weiteren Beratung und Entscheidung in den Rat vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10    Verschiedenes**

- a) Frau Thelen erkundigte sich, ob die Möglichkeit bestünde, das Eichendorff-Kolleg zu erhalten, indem hier zum Beispiel Asylbewerber, die bestimmte Voraussetzungen erfüllten, beschult würden. I. Beigeordneter Brunen führte hierzu aus, die Verwaltung suche derzeit nach Möglichkeiten angesichts sinkender Schülerzahlen die Finanzierung sicherzustellen und stehe diesbezügliche mit dem Schulministerium in intensiven Verhandlungen. Das Eichendorff-Kolleg sei gegründet worden, um jungen Aussiedlern eine Möglichkeit zu geben, das Abitur nachzuholen bzw. zu machen. Dem Vorschlag der Verwaltung, diesen Personenkreis zu erweitern, stehe das Ministerium bislang ablehnend gegenüber.
  
- b) Frau Thelen wünschte sich mehr Sitzungen des zusammengelegten Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur.

Sitzung endet um: **20:10 Uhr**

Vorsitzender

Marko Banzet

Schriftführer/in:

Irmtrud Penners